

# Wir über uns

Eine Dokumentation in Wort und Bild



ADELE. LAG Ökologie –  
DIE LINKE. Sachsen

**DIE LINKE.**

## Inhaltsverzeichnis

Wer ist ADELE?	Seite 2
Dokumente und Aktivitäten von ADELE	Seite 3
Gründungserklärung	Seite 8
Anerkennung als Landesarbeitsgemeinschaft (LAG)	Seite 10
Eckpunkte zur Energiestrategie der LINKEN Sachsen – für ein zukunftsfähiges Energieprogramm Sachsen 2020	Seite 11
Positionspapier für eine multifunktionale, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft in Sachsen	Seite 23

---

### Impressum:

Herausgeber: ADELE. LAG Ökologie–DIE LINKE.Sachsen

Redaktion: V.i.S.d.P. Sabine Kunze und Michael-Alexander Lauter

Fotos: Sabine Kunze, Internet

Satz und Druck: City-Druckerei Weißwasser

## Wer ist ADELE?

Im Jahr 1990 wurde die Interessengemeinschaft „ADELE – ökologische Plattform bei der PDS Sachsen“ gegründet. Dabei steht ADELE für : **A**lternativ **D**Enken und **L**Eben und hat sich als Maskottchen die Eule – das Symbol für Naturschutz – gewählt. Mit Gründung der Partei DIE LINKE erfolgte eine Umbenennung in „Landesarbeitsgemeinschaft Ökologie – ADELE“ im Jahr 2007. Zirka 50 Genossen/innen, aber auch Sympathisanten/innen aus allen sächsischen Regionen treffen sich zweimal im Jahr zu einem Landestreffen. Dort werden aktuelle umweltpolitische Themen diskutiert, Arbeitssätze durchgeführt und am Abend kommt auch das fröhliche Zusammensein nicht zu kurz. Wichtige Etappen unserer Arbeit waren die Erarbeitung der Ökologischen Leitlinien, die die Standpunkte der Partei zu Fragen des sozial-ökologischen Umbaus definieren. Zur Aktualisierung einzelner Themenfelder wurden Energiepolitische Leilinen und ein Positionspapier zur Landwirtschaft angeschlossen. Wer Näheres dazu wissen möchte, der möge in dieser Broschüre weiterlesen und auch die Fotos verraten Einblicke in unsere Zusammenkünfte. Viel Spaß dabei. Und wenn nun Interesse an einer Mitarbeit entstanden ist: email an Michael-Alexander Lauter ([micha.lauter@web.de](mailto:micha.lauter@web.de)) oder Sabine Kunze ([skunze@online.de](mailto:skunze@online.de)) genügt.



## Dokumente und Aktivitäten von ADELE – Ökologische Plattform bei der PDS Sachsen sowie der LAG Ökologie ADELE Sachsen

Datum	Ort	Maßnahme / Dokument
17.11.1990	Thümmlitzsee	1. Landestreffen Gründung von ADELE
10/1991	Thümmlitzsee	2. Landestreffen
04/1992	Vogtland	3. Landestreffen mit tschechischen Umweltschützern
10/1993	Bertsdorf (Zittau)	4. Landestreffen Anlegen eines Bauerngartens
11/1993	Schkölen	5. Landestreffen Besichtigung Strohheizwerk
10/1994	Freiberg	6. Landestreffen Arbeiten mit Kindern und Naturmaterialien
05/1995	Meißen	7. Landestreffen
10/1995	Leipzig-Auensee	8. Landestreffen Planung von Spielplätzen
05/1996	Dahlen	9. Landestreffen Wandern

## Mit dem Fahrrad von der Elbe in den Irak

*Bericht von der ADELE-Fahrradtour an der Elbe am 22.03.03 (Weltwassertag)*



Adele vor der Abfahrt auf dem Bahnhof Riesa

Das Hochwasser an der Elbe noch heftig und kontrovers

SteuerzahlerIn. Auch der Radweg selbst weist noch viele Schadensstellen auf und der Fluss ist gesäumt von angeschwemmtem Holz und Unrat.

Einen Halt machten wir in der Kläranlage Neu-Seußlitz. Auch sie wurde, wie Röderaue-Süd, direkt in die Flussaue gebaut. Zwar ist sie von einer Spundwand gegen Hochwasser umgeben, aber auch die konnte nichts ausrichten - die Anlage wurde überflutet und ist immer noch

Erdgeschoss vollkommen verschwunden war. Doch sie hatte Glück im Unglück - dank der Hilfe vieler konnte sie bereits eine Woche danach wieder öffnen und ist für ihren Mut wirklich zu bewundern.

Gegen 12.30 Uhr kamen wir in Meißen im „Haus für vieles“ an, stärkten uns ein wenig und es ging wieder zurück. Leider waren unserer Einladung weder der Ministerpräsident Milbradt, noch Umweltminister Flath oder der Vorsitzende der PDS-

Bericht in den „Lausitzer Blättern“ 05-2003

Datum	Ort	Maßnahme / Dokument
10/1996	Pirna	10. Landestreffen Besuch LSG Sächs. Schweiz
05/1997	Sayda	11. Landestreffen Waldberäumung
02.-04.10.1997	Görlitz	12. Landestreffen Diskussion um Neuausrichtung
<b>01.10.1997</b>	<b>Infoschrift von ADELE</b>	
06.-08.03.1998	Schneckenstein	13. Landestreffen
07.-09.05.1999	Bautzen	14. Landestreffen
01.-03.10.1999	Strehla	15. Landestreffen
12.02.2000	Auterwitz	Bericht vom Arbeitstreffen ADELE/LISA
24.-26.03.2000	Auterwitz	16. Landestreffen
20.-22.10.2000	Niederspreewitz	17. Landestreffen
27.-29.04.2001	Geyer	18. Landestreffen
24.-26.08.2001 29.08.2001	Heuersdorf	19. Öko-Camp Bericht vom Öko-Camp
<b>24.11.2001</b>	<b>Glauchau</b>	<b>Beschluss 7. LPT: Ökologische Positionen der PDS Sachsen</b>

## Atom Mülltransport von Dresden nach Ahaus

Standpunktfindung bei ADELE (ökologische Plattform der PDS-Sachsen)

1. Wir treten für den Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie ein, unterschiedlich bewertet wird ein „schnellstmöglicher“, „sofortiger“ oder „stufenweiser“ Ausstieg. Aus vielerlei Gründen sollte sich die PDS für den Widerruf der Betriebsgenehmigungen für Atomkraftwerke aussprechen. Ein entsprechender Diskussionsprozess innerhalb der PDS und mit der Anti-Atombewegung ist unerlässlich und zu begin-

nen. Die Zwischenlager sollen ca. 40 Jahre genutzt werden. Bisherige Standorte könnten aber auch zurückgebaut werden, d. h. es werden die hochradioaktiven Abfälle (Brennstäbe) sowie die mittel- bis leichtradioaktiven Abfälle von diesem Standort entfernt. Diese werden in Zwischenlager eingelagert, bis ein Endlager gefunden wird. Ein Transport der radioaktiven Materialien erfolgt in die Zwischenlager. Raide-Verfahren haben in ca.

weils für die einzelnen Standorte Entsorgungs- und Nachnutzungskonzepte zu erarbeiten, die wiederum breit öffentlich diskutiert werden müssen. Diesem Diskussionsprozess muss sich die PDS stellen. Die PDS sollte ihre konkrete Position u. a. abhängig machen:  
\* vom Inhalt einer solchen Nachnutzungs- und Entsorgungskonzeption,  
\* von überschaubaren Zeitplänen



Es gibt wiederum keine öffentliche Diskussion, von Nach Bewertung der gegenwärtigen Sachlage und den damit verbundenen nicht

Bericht in den „Lausitzer Blättern“ 05-2004

Datum	Ort	Maßnahme / Dokument
09.03.2002	Heuersdorf	2. Energiekonferenz
19.-21.04.2002	Schirgiswalde	20. Landestreffen
31.10.2002	Auterwitz	21. Landestreffen
22.03.2003	Riesa-Meißen	Radtour am Weltwassertag
11.-13.04.2003	Dresden	22. Landestreffen
19.-21.09.2003	Oberoderwitz	23. Landestreffen
20.02.2004	Dresden	Arbeitstreffen
16.-18.04.2004	Windischleuba	24. Landestreffen
22.-24.04.2005	Pommritz	25. Landestreffen
05.-07.05.2006	Halbendorf	26. Landestreffen
13.-15.10.2006	Bad Düben	27. Landestreffen
11.-13.05.2007	Gröditz	28. Landestreffen und gemeinsamer Beschluss der AG Betrieb & Gewerkschaft und ADELE
<b>13.05.2007</b>	<b>Pressemitteilung zum gemeinsamen Beschluss</b>	
19.-21.10.2007	Grünheide	29. Landestreffen



Gründungsversammlung der „LAG Ökologie-ADELE“ bei den LINKEN.Sachsen auf dem 29. Landestreffen in Grünheide 19.-21.10.2007

Datum	Ort	Maßnahme / Dokument
<b>20.10.2007 Gründungserklärung ADELE.Landes-AG Ökologie der Partei DIE LINKE. Sachsen</b>		
(Gründungserklärung auf den Seiten 7 und 8)		
21.10.2007		Grünheider Solidaritätserklärung mit Volksinitiative „Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ in Brandenburg
05.11.2007	Dresden	Anerkennung von ADELE – LAG Ökologie durch Landesvorstand (Anerkennungsbeschluss auf Seite 9)
16.-18.05.2008	Bennewitz	30. Landestreffen
13.09.2008	Jänschwalde	Teilnahme Anti-Kohle-Demo
17.-19.10.2008	Freiberg	31. Landestreffen
<b>08.11.2008</b>	Leipzig	<b>Umweltkonferenz</b>
<b>06.12.2008</b>	<b>Beschluss Kleiner LPT: Ökologische Leitlinien</b>	
13.-15.11.2009	Ndr Seifersdorf	32. Landestreffen
16.-18.04.2010	Leipzig	33. Landestreffen
25.09.2010	Auterwitz	34. Landestreffen
<b>13.10.2010</b>	<b>Landesparteitag – Verabschiedung Energiepolitische Leitlinien</b>	



ADELE beteiligte sich bei der Anti-Kohle-Demo in Jänschwalde am 13.09.2008



Datum	Ort	Maßnahme / Dokument
16.-17.11.2010	Grethen	35. Landestreffen: 20 Jahre ADELE
06.-08.05.2011	Plauen	36. Landestreffen
20.08.2011	Auterwitz	37. Landestreffen – Programmdiskussion
27.-29.04.2012	Schirgiswalde	38. Landestreffen mit LISA
24.11.2012	Dresden	39. Landestreffen
11.-13.10.2013	Jonsdorf	40. Landestreffen
20.06.2014	Dresden	Arbeitstreffen (Vorbereitung Agrar-Demo)
05.07.2014	Dresden	Teilnahme an Agrar-Demo „Wir haben es satt!“
04.-05.10.2014	Bad Lausick	41. Landestreffen
03.-04.10.2015	Chemnitz	42. Landestreffen
<b>Verabschiedung „Positionspapier für eine multifunktionale, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft in Sachsen“</b>		



20 Jahre ADELE in Grethen mit Gesang und viel Spaß.

Teilnahme an der Agrar-Demo in Dresden am 5.7.2014





---

## Gründungserklärung

---

Am 20.10.2007 hat sich

### **ADELE. Landesarbeitsgemeinschaft „Ökologie“ der Partei DIE LINKE. in Sachsen gegründet.**

Sie ist aus ADELE. Ökologische Plattform in und bei der Linkspartei. PDS, Mitgliedern der WASG sowie im Neubildungsprozess neu hinzugekommener MitstreiterInnen hervorgegangen.

ADELE wird in der Partei DIE LINKE. Sachsen dahingehend wirken, dass das ökologische Profil der Partei sowohl programmatisch als auch in der politischen Praxis geschärft wird.

Deshalb setzt sich ADELE dafür ein, die Verbindung von ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten in den Entscheidungen und im öffentlichen Erscheinungsbild der Partei überzeugend, erlebbar und glaubwürdig zu gestalten.

Der politische Sachverstand und die praktischen Erfahrungen der AktivistInnen von ADELE müssen für die Partei intensiver nutzbar sein und wirksam werden.

Die Ausprägung des notwendigen ökologischen Profils der LINKEN in Sachsen kann nicht das Werk von ADELE allein sein. Dazu bedarf es der Mitwirkung der gesamten Partei und insbesondere des Landesvorstandes. Deshalb stellt sich ADELE folgenden Aufgaben:

- Konzeptionelle Lösungsansätze für eine linke ökologische Politik in Sachsen zu entwickeln
- Politische Bildungsarbeit in Zusammenarbeit mit dem Kommunalpolitischen Forum Sachsen, insbesondere für KommunalvertreterInnen, anzubieten
- Ansprechpartner für Mitglieder und SympathisantInnen in ökologischen Fragen zu sein
- Den Kontakt zu Nichtregierungsorganisationen (NGO) zu suchen und Kooperationen in der außerparlamentarischen Arbeit aufzubauen.

Die größte Herausforderung der Gegenwart besteht in der Verhinderung einer vom Menschen verursachten Klimakatastrophe. Die nicht verhinderbaren Auswirkungen

*(Fortsetzung auf Seite 9)*

---

---

des Klimawandels müssen sozial gerecht und solidarisch abgedeckt werden.

Wir brauchen in Sachsen endlich die zügige Einleitung der Energiewende, die konsequent auf Energieeinsparung und Energieeffizienz setzt. Ohne sie bleiben alle Maßnahmen zum Klimaschutz nur Flickwerk. Konzepte zur Landesentwicklung, die diesem Anliegen nicht Rechnung tragen, gehen ins Leere. Um den Erfordernissen einer sozial-ökologischen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft gerecht zu werden, muss Aleksa (Alternatives Landesentwicklungskonzept Sachsens) weiter fortgeschrieben werden.

ADELE vereint sowohl Mitglieder und Gastmitglieder, die an Visionen arbeiten, die über den heutigen Zustand von Gesellschaft hinausweisen, als auch jene, die ihr vorrangiges Wirken darin sehen, praktische Umweltpolitik in der heutigen Gesellschaft zu gestalten. Beides ist für uns unersetzbar. Deshalb wird sich ADELE an der programmatischen Diskussion aktiv beteiligen und an der Ausarbeitung praktischer politischer Entscheidungen mitwirken.

**Neue MitstreiterInnen sind jederzeit eingeladen bei uns mitzumachen und sehr willkommen.**

Sprecherin:  
Sabine Kunze  
Jahnstraße 1  
02929 Rothenburg  
Tel. 035891 35290  
Mail: [an-sa-kunze@t-online.de](mailto:an-sa-kunze@t-online.de)

Sprecher:  
Michael-A. Lauter  
Schrammsteinstraße 9  
04207 Leipzig  
Tel. 0341 9424882  
Mail: [micha.lauter@web.de](mailto:micha.lauter@web.de)



*Arbeitseinsatz beim 21. Landestreffen in Freiberg.*



*Bei der Kürbisernte in der Gärtnerei Schostek.*

Information zum Landesweiten Zusammenschluss „ADELE. LAG Ökologie – DIE LINKE. Sachsen“ im Landesverband DIE LINKE. Sachsen aus der Sitzung des Landesvorstandes vom 26. Oktober 2007

Der

**Landesweite Zusammenschluss „ADELE. Landesarbeitsgemeinschaft Ökologie – DIE LINKE. Sachsen“**

erfüllt alle Kriterien nach Absatz 2 § 4 der Landessatzung.

Im § 4 Absatz 1 und 2 der Landessatzung der LINKEN Sachsen ist geregelt:

(1) Zusammenschlüsse können durch die Mitglieder frei gebildet werden. Sie sind keine Gliederungen der Partei. Sie können sich einen Namen wählen, welcher ihr Selbstverständnis und ihre Zugehörigkeit zur Partei zum Ausdruck bringt.

(2) Landesweite Zusammenschlüsse zeigen ihr Wirken dem Landesvorstand an.

Als landesweit gilt ein Zusammenschluss, wenn ihm insgesamt mindestens 20 Mitglieder des Landesverbandes aus mindestens vier Kreisverbänden angehören. Abweichend davon kann der Landesparteitag auch Zusammenschlüsse mit weniger Mitgliedern als landesweit anerkennen.

Mit Schreiben vom 11. Oktober 2007 wurde dem Landesvorstand die Gründung eines landesweiten Zusammenschlusses „ADELE. LAG Ökologie – DIE LINKE. Sachsen“ angezeigt.

Es wurde eine Namensliste von 25 Personen vorgelegt.

Davon sind 24 Mitglieder der LINKEN im Landesverband Sachsen.

Gemäß Gliederungsbeschluss des Landesparteitages sind sie in 8 Kreisverbänden organisiert.

Vom Landesvorstand am 26. Oktober 2007 zur Kenntnis genommen.

Rico Gebhardt

Landesgeschäftsführer

Dresden, 5. November 2007

---

## A Beschluss zum Hauptthema des 5. Landesparteitages

---

### A.1 Eckpunkte zur Energiestrategie der LINKEN Sachsen – für ein zukunftsfähiges Energieprogramm Sachsen 2020

---

#### **Beschluss des 5. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen vom 13. November 2010 Beschlüsse:**

- 1. Der Landesparteitag beschließt die »Eckpunkte zur Energiestrategie der LINKEN Sachsen – für ein zukunftsfähiges Sachsen 2020«.*
- 2. Die LINKE Sachsen wird aufbauend auf den Eckpunkten zur Energiestrategie im Zuge der Projektarbeit »Für ein sozial-ökologisches Sachsen« weitere ergänzende Konzepte erarbeiten, die unter anderem Fragen der Energieeffizienz, der Energiesuffizienz (Frage nach dem Rechten Maß bei Ressourceneinsatz und -verbrauch, des Umstiegs in der Mobilität und der energetischen Sanierung der Gebäude näher beleuchten.«*
- 3. Der 5. Landesparteitag fordert den Landesvorstand und die Strukturen des Landesverbandes der LINKEN Sachsen auf, im Zuge der Diskussion zum Projekt „sozial-ökologisches Sachsen“ in enger Zusammenarbeit mit dem Projekt „100.000 Arbeitsplätze“ auch konzeptionelle Vorschläge zur wirtschaftlichen Transformation in den Braunkohleregionen zu erarbeiten.*

---

### **I. Sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft**

---

Die Gesellschaft sozial-ökologisch umzubauen, ist ein zentrales programmatisches Reformprojekt der Partei DIE LINKE. Sachsen. Dieser Umbau betrifft nicht nur die energetische Basis der industriellen Produktion oder die Netzinfrastruktur. Er betrifft sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, u. a. eine umweltgerechte Entwicklung von Mobilität, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, die Ressourcenwirtschaft, darüber hinaus die Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die Kommunikationsmöglichkeiten, die Wärmedämmung und Wärmeversorgung von Wohnungen und Gebäuden. Ohne Zugang zu Energie würde die Lebensweise in den entwickelten Industriestaaten nicht funktionieren. Die Energieversorgung auf atomar-fossiler Basis verbietet sich aus Gründen der Endlichkeit fossiler Ressourcen auch von Uran und des beschleunigten Klimawandels. Heutige politische Entscheidungen sollen so getroffen werden, dass die Lebensbedürfnisse und Perspektiven auch zukünft-

tiger Generationen berücksichtigt werden. Deshalb ist die Transformation des bisherigen atomarfossilen Energiesystems zu einer Energiewirtschaft auf Basis erneuerbarer Energien, kurz Energiewende genannt, die grundlegende und zentrale Frage beim sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft. Das Erreichen dieses Ziels setzt verstärkte Maßnahmen zum Energiesparen und Investitionen in Energieeffizienz in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen voraus. Die vorliegenden Eckpunkte konzentrieren sich daher auf die entscheidende Fragestellung nach der Transformation des Energiesystems.

DIE LINKE. Sachsen, wird aufbauend auf den Eckpunkten zur Energiestrategie (Umbau Energiewirtschaft), eine Konzeption zur Energieeffizienz, Energiesuffizienz, für einen Umstieg in der Mobilität und bei der CO<sub>2</sub>-Sanierung der Gebäude folgen lassen.

### **1. Umbau der Energieerzeugung und Versorgung als sozial-ökologische Herausforderung der Zukunft – der Energiepreis als Brotpreis im 21. Jahrhundert**

Der bezahlbare Zugang zu einer sicheren, klimaverträglichen Strom- und Wärmeversorgung für alle Menschen in Gegenwart und Zukunft ist die elementare Voraussetzung für ein gutes Leben und für eine funktionierende Wirtschaft. Weltweit sind mehr als 1 Milliarde Menschen vom Zugang zur Energieversorgung ausgeschlossen. Aber auch in Deutschland können immer mehr Menschen ihre Heiz- und Stromkosten nicht mehr bezahlen. Sie werden durch Abschaltungen vom Zugang zur Energieversorgung ausgeschlossen. Das ist nicht hinnehmbar.

Die weltweite Verknappung fossiler Energieträger wie Erdöl, Erdgas aber auch Uran wird die Kosten für Rohstoffpreise rasant ansteigen lassen, so dass die Energieversorgung als soziale Frage in den Mittelpunkt rückt.



---

Zugleich nehmen die Häufigkeit und die Intensität von wetterbedingten Naturkatastrophen weltweit und auch in Sachsen zu. Zu den regionalen Schwerpunkten gehören Ostdeutschland und Osteuropa. Extreme Wetterereignisse wie im Fall des Sommerhochwassers 2010 in der Lausitz und Sächsischen Schweiz treiben die volkswirtschaftlichen Schäden in die Höhe und übersteigen dauerhaft die Leistungsfähigkeit der Landes- und Kommunalhaushalte. Versicherungskonzerne ziehen sich vielfach aus der Regulierung von Elementarschäden zurück oder versichern gar nicht mehr. Deshalb sind die Ärmsten von solchen Katastrophen weltweit und auch bei uns am härtesten betroffen. Der Klimawandel mit seinen Folgen wird damit zu einer gravierenden sozialen Frage.

## **2. Leitbild für ein zukunftsfähiges Energieprogramm Sachsen –Historisches Zeitfenster für Zeitalter erneuerbarer Energien**

Das für Sachsen immer noch gültige Energieprogramm aus dem Jahre 2004 wird weder den damals noch heute geltenden internationalen, EU-weiten noch bundesdeutschen Rahmenbedingungen gerecht. Der Versuch des sächsischen Wirtschaftsministers 2007, ein neues Energieprogramm zu beschließen, ist am Veto des damaligen Ministerpräsidenten der CDU gescheitert. DIE LINKE. Sachsen legt mit ihrer Energiestrategie 2020 für Sachsen **Eckpunkte für ein zukunftsfähiges Energieprogramm** vor. Der sich bereits vollziehende **Transformationsprozess in der Energiewirtschaft als Umbau des Energiesystems** macht um Sachsen keinen Bogen. Denn die Art und Weise der Energieerzeugung und Versorgung wie z.B. der Mix der Energieträger, die Strukturen in der Energiewirtschaft sowie die Versorgungsstrukturen beeinflussen die gesamte Wirtschafts- und Lebensweise.

Die Energiestrategie der LINKEN in Sachsen orientiert sich am Leitbild der Nachhaltigkeit. Sie ist **vorrangig dem Klimaschutz**, der Umweltverträglichkeit, der **sicheren** und einer **bezahlbaren** Energieversorgung verpflichtet. Der langfristige Umstieg zu einem auf Basis erneuerbarer Energien funktionierenden Energiesystem setzt allerdings große Anstrengungen zum **Energiesparen** und zur **Energieeffizienz** in allen Lebensbereichen voraus. Vor allem aber hat Politik die Aufgabe, die ordnungsrechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen langfristig für die Energiewirtschaft so zu setzen, dass dieser Umbau bis Mitte des Jahrhunderts gelingt.

Nach dem Sachverständigenrat für Umweltfragen bei der Bundesregierung ist es realistisch, die **Stromgewinnung zu 100%** auf erneuerbaren Energien bis **2050 umzustellen**. Dafür stehen aber schon heute wichtige Weichenstellungen und Investitionsentscheidungen für die nächsten 10 Jahre auf der Tagesordnung, die die

---

Emissionssituation und die Strukturen in der Stromwirtschaft bis weit in dieses Jahrhundert bestimmen werden. Das **historische Zeitfenster bis 2020** soll nach dem Willen der LINKEN für Sachsen genutzt werden, politische Entscheidungen zugunsten eines **Entwicklungspfades** zu treffen, der auf den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien mit einer entsprechenden nachhaltigen Netzinfrastruktur und Speicherkapazitäten sowie auf die konsequente Reduktion von CO<sub>2</sub> setzt. Nach Ansicht des Sachverständigenrates für Umweltfragen sind hohe Anteile von Grundlastkraftwerken aber mit dem Ausbau erneuerbarer Energien **auf Dauer nicht vereinbar**. Deshalb werden der beschleunigte Ausstieg aus der Atomenergie und der langfristige Ausstieg aus der Braunkohleverstromung mit ihren Grundlastkraftwerken zur notwendigen Voraussetzung für den Umbau der Energiewirtschaft. Eine Systementscheidung zugunsten eines **zukunftsfähigen, Energiesystems** ist deshalb heute geboten. Wichtige politische Rahmenbedingungen für diesen Transformationsprozess sind die Gesetze zur Förderung der Strom- und Wärmeenergie aus erneuerbaren Energien (EEG und EWG), der Ausstieg aus der Atomenergie und Steinkohleverstromung, die Energieeinsparverordnung, zum Teil die Energiesteuer sowie der CO<sub>2</sub>-Emissionshandel. Die Verlängerung der Restlaufzeiten von Atomkraftwerken lehnt DIE LINKE deshalb ab, weil die nun zwischen den Atomkonzernen und der schwarz-gelben Bundesregierung vertraglich ausgehandelte durchschnittliche Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke um 12 Jahre das bestehende Oligopol in der Energiewirtschaft zementiert, die kommunalen Stadtwerke in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit einschränkt sowie das Wachstum der erneuerbaren Energien im Energiemix behindert und nicht zu sinkenden Strompreisen führen wird.

### 1. Zukunftsfähige Energiepolitik ist Klimaschutzpolitik

Der **globale Klimawandel** mit regional sehr unterschiedlichen Wirkungen wird naturbedingt verursacht durch Sonnenaktivität, Windströmungen und Meeresströmungen, aber vor allem mit Beginn der Industrialisierung auf Basis von Kohle, Erdöl und Gas durch **Menschen** enorm **beschleunigt** mit existenziellen Folgen für das eigene Le-



*Teilnahme an der Menschenkette gegen Kohleverstromung in Kerkwitz 2014*



*Osterspaziergang gegen Erweiterung Tagebau Nochten von Schleife nach Rohne 2013*

---

## II. Ziele linker Energiepolitik

---

ben. Daher hat der Weltklimarat der Vereinten Nationen (UN) vorgeschlagen, die globale Erderwärmung auf **2°C im 21. Jahrhundert** gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter zu begrenzen. Um dieses Ziel tatsächlich zu erreichen, sollen sämtliche Industriestaaten ihre Treibhausgasemissionen **bis 2050 um 80%** im Vergleich zum **Basisjahr 1990** absenken. Deutschland hat sich gemeinsam mit der Europäischen Union auf dieses Ziel verbindlich geeinigt.

Die für Sachsen 2008 wissenschaftlich erstellte Klimaanalyse hält im Zeitraum von 1901 bis 2005 einen Anstieg der mittleren Jahrestemperatur in Sachsen um 0,63°C fest. Der deutlichste **Temperaturanstieg** über einen Zeitraum von 50 Jahren ist dabei **im Winter mit 1,4 °C bis 2,6°C** festzustellen. Auffallend ist eine markante **Niederschlagsabnahme in Nordsachsen mit 10 bis 30%**.

### 2. Sächsische Energiepolitik als eigenständiger Beitrag für Ziele der Europäischen Union (EU) und des Bundes

Die sächsische Energiepolitik muss die von der Europäischen Union und vom Bund festgelegten Zielvorgaben mindestens berücksichtigen und einen angemessenen **eigenständigen Beitrag** leisten.

Das beschlossene Klimaschutz- und Energiepaket der Europäischen Union von 2009 nimmt alle Mitgliedsländer in die Pflicht und gibt verbindliche Ziele vor. Bis 2020 sollen 20% weniger CO<sub>2</sub> emittiert, der Energieverbrauch um 20% gesenkt und der Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch auf 20% im Vergleich zu 1990 gesteigert werden. **Deutschland** hat im Klimaschutzpaket I **bis 2020 folgende Ziele** festgeschrieben: **18% Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch, 30% beim Stromanteil und 40% CO<sub>2</sub>-Emissionsminderung.**

Ein Kabinettsbeschluss der Landesregierung vom 3.3.2009 zum Aktionsplan „Klima und Energie“ gibt folgende Ziele für Sachsen vor: Erneuerbare Energien sollen von einem heutigen Anteil von rund 14% auf einen Anteil von 24% am Bruttostromverbrauch bis 2020 ausgebaut und CO<sub>2</sub> bis dahin im Vergleich zum Basisjahr 1990 um 52 % reduziert werden. Sie sollen zugleich von regionalen Energie- und Klimaschutzkonzepten untersetzt werden. Mit diesen Zielvorgaben weicht die Landesregierung einer Vergleichbarkeit mit bundesdeutschen Zielstellungen aus und bleibt beim Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch deutlich hinter den Vorgaben zurück. Das Reduktionsziel von 52 % liegt zwar anscheinend über den Bundeszielen. Bei genauerer Betrachtung ist das aber die Folge der Deindustrialisierung.



Noch immer verharrt die sächsische Staatsregierung auf dem Standpunkt, bei der Reduktion von CO<sub>2</sub> seit 1990 das Gros mit der weitgehenden Deindustrialisierung und dem Neubau von Braunkohlekraftwerken bereits erbracht zu haben und nimmt den wieder wachsenden Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen billigend in Kauf.

Das passive Verhalten der Staatsregierung zeigt sich ebenso in der Klimaschutzpolitik, die vorrangig auf Anpassungsstrategien an den Klimawandel wie Hochwasserschutzmaßnahmen, Waldumbau und **Trinkwasserversorgung** und weniger auf tatsächliche **CO<sub>2</sub>-Reduktion** gerichtet ist.

### 3. Senkung der CO<sub>2</sub>-Emission pro Kopf der Bevölkerung als politische Handlungsstrategie

Um das von Deutschland verbindliche Reduktionsziel von 40% des CO<sub>2</sub> bis 2020 zu erreichen, darf sich Sachsen nicht verweigern, sondern muss einen eigenständigen Beitrag leisten. Vergleicht man aber die jährlichen Treibhausgasemissionen pro Kopf in Sachsen mit dem **Bundesdurchschnitt** von **11,7 t** pro Einwohner, dann liegen wir **heute** schon mit **12,5 t** pro Einwohner deutlich darüber, ohne dass der im Bau befindliche neue Kraftwerksblock Boxberg schon in Betrieb wäre. **Bevölkerungsrückgang** in Sachsen und die **Inbetriebnahme des neuen Kraftwerksblockes** werden den Durchschnitt des **CO<sub>2</sub>-Ausstoßes** pro Kopf in Sachsen weiter erhöhen statt abzusinken. DIE LINKE fordert daher die sächsische Staatsregierung auf, sich endlich die **Handlungsstrategie zur Reduktion und Annäherung** der Pro-Kopf-Emissionen auf deutlich niedrigerem Niveau zu Eigen zu machen und ein **Klimaschutzgesetz** für Sachsen vorzulegen. Hauptursache für diese über dem Bundesdurchschnitt liegenden Pro-Kopf-Emissionen von CO<sub>2</sub> ist die mit **80% dominierende Strom- und Wärmeerzeugung aus Braunkohle** in Sachsen. Deshalb will DIE LINKE. Sachsen, dass die Braunkohleenergiewirtschaft von einer tatsächlichen Reduktionsstrategie nicht verschont bleibt.



Tillich besucht Schleife - Protest 2014



Osterspaziergang gegen Erweiterung Tagebau Nochten von Schleife nach Rohne 2014

---

Die sächsische Staatsregierung und Vattenfall wollen durch die Abscheidung und -verpressung von CO<sub>2</sub> (CCS) das Problem des Kohlendioxidausstoßes lösen. In einem Gutachten durch das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie kommen die Experten jedoch zum Fazit, dass die in Sachsen vorkommenden geologischen Formationen für eine CO<sub>2</sub>-Speicherung überwiegend nicht geeignet sind.

DIE LINKE hält diesen **Entwicklungspfad** für einen Weg in die Sackgasse. Wir lehnen daher die Subventionierung der Entwicklung dieser CCS -Technologie **mit öffentlichen Steuergeldern** und deren **praktische Anwendung** aus Gründen **der Energieeffizienz** durch **Verschlechterung des Wirkungsgrades** der Kraftwerke um **10%** gegenüber herkömmlichen Braunkohlekraftwerken, aus Gründen von **Risiken bei der Lagerung** und damit auch aus **Kostengründen** und **Bezahlbarkeit** von Strom für Verbraucherinnen und Verbraucher ab. Zudem würde die Anwendung dieser Technologie weiterhin zentral in Großkraftwerken erfolgen, was den Umstieg in ein Energiesystem auf Basis erneuerbarer Energien bis 2050 als bundesweite Zielvorgabe konterkariert.

#### **4. Geregelter langfristiger Ausstieg aus Braunkohleenergiewirtschaft - kein Neuaufschluss von Tagebauen**

Für einen geregelten Ausstieg aus der Braunkohleverstromung stehen in den bisher aufgeschlossenen Tagebauen „Vereinigtes Schleenhain“ im Süden Leipzigs, mit dem Tagebau Reichwalde in der Oberlausitz und weiteren Tagebauen in Brandenburg und in Sachsen-Anhalt ausreichende **Mengen an Braunkohle zur Verfügung**. Den **Neuaufschluss der Vorranggebiete** für einen künftigen **Tagebau Nochten** in Sachsen hält DIE LINKE daher für **überflüssig**.

Die ausstehende Überarbeitung des **Landesentwicklungsplanes** und die betreffenden **Regionalpläne** sollen das berücksichtigen. Die weitere Umsiedlung von Einwohnerinnen und Einwohner im sorbischen Siedlungsgebiet sowie die weitere landschaftliche Zerstörung einer Kulturlandschaft lehnt DIE LINKE in Sachsen daher ab. DIE LINKE. Sachsen fordert einen gesetzlich **geregelter Ausstieg** aus der Braunkohleverstromung **bis spätestens 2040**. Die Energieunternehmen sowie die Beschäftigten brauchen langfristig Klarheit über die politischen Rahmenbedingungen. DIE LINKE fordert daher zugleich einen Sozialplan für den Ausstieg.

#### **5. Ehrgeizige Ziele für Ausbau erneuerbarer Energien und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK)**

Im Jahr 2007 hatten die erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung in Sach-

---

sen nach dem Landesamt für Statistik einen Anteil von 7,6 %. Die größten Anteile hierzu trugen die Windkraft, die feste Biomasse, die Wasserkraft und Biogas bei. Für die Nutzung fossiler Energieträger wird als Brückentechnologie die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) favorisiert. Sie weist einen wesentlich höheren Wirkungsgrad als konventionelle Kraftwerke durch die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme auf. KWK-Anlagen trugen im Jahr 2007 mit 11,1 % zur Stromerzeugung bei.

Auf dem Weg zu einer 100%-igen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bis 2050 strebt DIE LINKE bis 2020 das realistische Ziel an, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung auf 40 % zu erhöhen. Hierfür sind die gesetzlichen Regelungen im Landesentwicklungsplan zu verändern, die fehlende fachliche Kompetenz in den Regionalen Planungsverbänden und die restriktive Genehmigungspraxis der zuständigen Behörden beim anlagentechnischen Ausbau für Windkraft-, Solar-, Biomasse- und Geothermieanlagen in Sachsen zu überwinden. Das Ersetzen alter durch neue Windkraftanlagen (Repowering) birgt enormes Potenzial. DIE LINKE. Sachsen wirbt in der öffentlichen Meinungsbildung in der Bevölkerung für den notwendigen Transformationsprozess des bisherigen Energiesystems. Zugleich soll der Ausbau von kleineren Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen forciert werden, wofür Sachsen gute Voraussetzungen hat und zu den führenden Ländern Dänemark, Finnland und den Niederlanden aufschließen kann. Ein größerer Anteil erneuerbarer Energien an der Strom- und Wärmeerzeugung muss mit dem Ausbau flexibler Speicher verbunden sein.

## **6. Industrie der erneuerbaren Energien und Strukturwandel der Wirtschaft für zukunftsfähige Arbeitsplätze**

Mit dem Umbau des Energiesystems hat sich bereits eine ganz **neue Industriebranche** im Bereich **erneuerbarer Energien in Sachsen** etabliert. Sie wird vor allem von Zulieferern und Dienstleistern geprägt. Rund die Hälfte der Unternehmen ist in der Teilbranche Biomasseenergie tätig. Als eine Ausnahme gilt dabei die Photovoltaikindustrie, die mit der gesamten Wertschöpfungskette – vom Rohstoff über die Fertigung von Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) bis zum Recycling – in Sachsen vertreten ist. Allein **19 Unternehmen** sind in der Herstellung von PV-Anlagen engagiert und **10 Unternehmen** als Zulieferer. In der Windanlagenproduktion gibt es leider keinen finalen Produzenten.

Dafür sind **13 Unternehmen** Zulieferer für wichtige Baugruppen und Komponenten sowie **24 Dienstleister** tätig. In allen diesen Unternehmen wurde ein erstaunlicher Zuwachs an Arbeitsplätzen generiert. Allein in der Photovoltaikindustrie entstanden

---

---

mit Datenerhebung 2008 insgesamt 4 230 Arbeitsplätze und im Bereich Biomasse 1 550 Arbeitsplätze. Insgesamt sind bis 2009 in der Branche der erneuerbaren Energien 8 990 Arbeitsplätze direkt entstanden, also weit mehr als die vorhandenen 2 500 Beschäftigten in der Braunkohleenergiewirtschaft Sachsen.

Der sozial-ökologische Umbau der Energiewirtschaft erfordert deshalb die Umschulung und Vermittlung der Beschäftigten in andere Arbeitsplätze. Dies ist vor allem Aufgabe der Unternehmen und staatlichen Institutionen.

## **7. Förderung Energietechnologien**

Im Rahmen der sächsischen Energiepolitik muss ein Programm zur Energie-Forschung in Sachsen aufgelegt werden. Dies ist längst überfällig, damit Sachsen in diesem Hochtechnologiebereich nicht zurück fällt.

Forschungsschwerpunkte sollten in Sachsen in enger Verbindung mit einer schnellen praktischen Umsetzung sein:

- Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung
- Werkstoffe für Leichtbau (nachwachsende Rohstoffe, Verbunde, Hochleistungskunststoffe) und Dämmstoffe im Bau
- Beschichtungsmaterialien und -technologien („Lotuseffekt“)
- Wasserstofftechnologie, effiziente Antriebe (Hybrid-, Wasserstoff, -) und verbesserte Kraftstoffe
- intelligente Verkehrskonzepte
- OLEDs für Beleuchtung, Displays, organische Photovoltaik
- Biotechnologie („Zelle als Schaltkreis“)
- Mikrowellentechnologien
- Nanotechnologie
- Ressourceneffizienz

Darüber hinaus muss in der Aus-, Fort- und Weiterbildung die Motivationen und Fähigkeiten vermitteln werden, neue energieeffiziente Technologien, Produkte und Dienstleistungen zu schaffen, um sie dann auch anzuwenden und nutzen zu können. Deshalb sollte das Forschungsprogramm mit einem Programm zur Aus-, Fort- und Weiterbildung verbunden werden, damit eine Innovations- und Bildungs-Offensive im Freistaat Sachsen zur Gestaltung einer Energieeffizienz-Kultur eingeleitet wird.

## **8. Transformation zentraler Energieerzeugung und -versorgung in dezentrale Strukturen und Übertragungsnetze in öffentliche Hand**

DIE LINKE. Sachsen verfolgt mit dem Ausbau **dezentraler Erzeugungs- und**

---

---

**Versorgungsstrukturen** zugleich die **Entflechtung der Monopolstrukturen** als Voraussetzung für den langfristigen Umbau des Energiesystems. In diesem Transformationsprozess sollen **kommunale Energieunternehmen in öffentlicher Hand** und **Kraftwerksbetreiber von einzelnen Bürgern, von Bürgergemeinschaften und Genossenschaften** eine strategische Funktion übernehmen. **Lokale und regionale** Energieversorgungsstrukturen sollen besonders gefördert werden. Im Annaberger Land und Osterzgebirge/Sächsische Schweiz werden bereits zwei regionale Energiekonzepte umgesetzt.

Für den Umbau der Stromwirtschaft ist das **Netz** das Nadelöhr. Daher muss der Umbau des Energiesystems von Investitionen in eine **nachhaltige Netzinfrastruktur**, in ein **intelligentes Netzmanagement** und in den Ausbau von **Speicherkapazitäten** begleitet sein. Hierzu gehören die Übertragungsnetze in öffentlich-rechtliche Hand, um allen Anbietern einen **diskriminierungsfreien Zugang zu den Netzen** zu garantieren.

## **9. Die Funktion der Kommunen beim Klimaschutz und beim Umbau des Energiesystems**

Die **Kommunen** sind wichtige **Akteure** beim Klimaschutz, in der Energieerzeugung und -versorgung, beim Energieverbrauch und bei der Verbesserung der Energieeffizienz. Die kommunalen Stadtwerke haben im Vertrauen auf den gesetzlich geregelten Ausstieg aus der Atomenergie in den letzten Jahren Milliarden in den Ausbau von hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen auf Erdgasbasis investiert, um die Grundlastversorgung mit diesen flexiblen kleineren Kraftwerken zu garantieren. Deshalb ist der beschleunigte Ausstieg aus der Atomenergie für deren Geschäftstätigkeit notwendig.

Die kommunalen Energieunternehmen in Städten und Gemeinden haben die Aufgabe, die Kommunen zur Einsparung von Energie in Gebäuden und Einrichtungen, bei der Beschaffung von Material und bei der Gestaltung von Satzungsrechten sowie die Bürgerinnen und Bürgern zu beraten. Im Rahmen des „**Aktionsplanes Klima und Energie des Freistaates Sachsen**“ können die Kommunen in dieser Angelegenheit von der **Sächsischen Energieagentur** (SAENA) Dienstleistungen abrufen und Investitionen in Klimaschutz und Energieeffizienz von der Sächsischen Aufbaubank im Rahmen eines speziellen **Förderprogramms** gefördert werden.

Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN in Stadt- und Gemeinderäten sowie Kreistagen ergreifen **politische Initiativen, um Klimaschutz und Energieeffizienzkonzepte vor Ort** voran zu bringen.

---

Hierfür sind die Einführung des Qualitätsmanagementsystems und Zertifizierungsinstrumentes – der European Energy Award geeignet. In Sachsen wurden bereits 9 Städte und Gemeinden damit ausgezeichnet, 25 weitere Kommunen sind im Verfahren. Darunter die Großstädte Leipzig und Chemnitz.

Die sich in kommunaler Hand befindenden **Stadtwerke** sollen beim langfristigen **Umbau des Energiesystems eine tragende Rolle** übernehmen. Indem sie selbst in erneuerbare Energien investieren, verstärkt Energie aus erneuerbaren Energien einkaufen, Kooperationen mit anderen Kommunen eingehen und lokale bzw. regionale Energieversorgungskonzepte verfolgen.

### **10. Mittelfristige Kostensenkung für Energiegewinnung und -versorgung auf Basis erneuerbarer Energien**

Die Unternehmen in der Braunkohleenergiewirtschaft unterliegen dem CO<sub>2</sub>-Emissionshandel. Ab 2013 müssen die Energieunternehmen die CO<sub>2</sub>-Verschmutzungsrechte zu 100% ersteigern, was enorme zusätzliche Kosten in der Braunkohleenergiewirtschaft verursacht. Nach Berechnungen verschiedener Institute werden auch die Kosten für Investitionen in den Umbau des Energiesystems bis 2020 ansteigen.

Dadurch werden aber zugleich Klimafolgekosten oder Kosten für eine teure ineffiziente CCS –Technologie, sowie Folgekosten für von Tagebauen zerstörte Landschaften und Kosten für die Endlagerung von CO<sub>2</sub> unter der Erde in Milliardenhöhe für die Allgemeinheit volkswirtschaftlich eingespart.

Experten gehen davon aus, dass ab 2020 die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien preiswerter als sämtlicher Strom aus herkömmlichen fossilen Energieträgern sein wird.

### **11. Bezahlbare und sichere Versorgung mit Energie für alle Menschen**

Das Verbrauchsverhalten von Menschen orientiert sich sowohl am Angebot, vor allem aber am Strom und Gaspreis. Nicht aber die erneuerbaren Energien sind die Preistreiber für Strom wie manche Lobbyisten der atomar-fossilen Energiewirtschaft und Medien der Bevölkerung vortäuschen. Die Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien werden heute nur zu einem geringen Teil nach einem Ausgleichsmechanismus mit rund 2 Cent pro kWh auf die Verbraucherpreise mit degressiver Tendenz umgelegt.

Hauptsächliche **Preistreiber** für Strom sind nach Auffassung der Monopolkommission und des Kartellamtes bei der Bundesregierung die **Marktmacht der vier großen Energiekonzerne** wie E.ON,

---

RWE, EnBW und Vattenfall sowie **Spekulationen** an der **Energiebörse** Leipzig. Deshalb fordert DIE LINKE für einen unbefristeten Übergangsprozess Maßnahmen zur Stabilisierung und Kontrolle der Energiepreise:

- die kartellrechtliche **Entflechtung dieser Konzerne** von ihren regionalen und städtischen Beteiligungen,
- den Zwang zum Verkauf von Kraftwerkskapazitäten,
- die Schaffung einer **öffentlich-rechtlichen Netzgesellschaft** zwischen Bund, Länder und Kommunen, - die Verschärfung der **Transparenz und Aufsichtskontrolle** an der Leipziger **Energiebörse** ,
- die sofortige **Wiedereinführung der staatlichen Preisgenehmigungspflicht** für Energie zur Versorgung der privaten Verbraucherinnen und Verbraucher und
- die Einführung eines **Sozialtarifs** für einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger.

Der Sozialtarif soll mit einem Bonus von 500 Euro pro Jahr und Haushalt ausgestattet sein und der darüber liegende Verbrauch muss bezahlt werden, um einen Anreiz zum Energiesparen zu signalisieren.

**DIE LINKE. Sachsen fordert:**

- 40 % Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien bis 2020
- 100 % Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien bis 2050
- Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis spätestens 2040
- Kein Neuaufschluss, keine Erweiterung von Braunkohletagebauen
- Ablehnung der CCS-Technologie
- Ausbau der Netzinfrastruktur
- Entflechtung des Energiemonopols
- Übergabe der Netze in öffentliche Hand
- Keine Stromabschaltung aus sozialen Gründen – sozialverträgliche Strompreise
- Im Rahmen des Strukturwandels Umschulung und Schaffung anderer Arbeitsplätze für die Beschäftigten der konventionellen Energiewirtschaft



---

ADELE. LAG Ökologie

Erarbeitet von: Kathrin Kagelmann/Sabine Kunze

Stand: Sept. 2015

Beschlossen von ADELE. Sachsen – Landestreffen 03.10.2015

---

## Positionspapier für eine multifunktionale, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft in Sachsen

---

### 0. Einleitung

#### **Einheitsfrontlied gegen den Hunger:**

*Und weil der Mensch ein Mensch ist, drum braucht er was zu essen, bitte sehr. Es macht ihn ein Geschwätz nicht satt, das schafft kein Essen her.*

Auf der Welt hungern trotz hehrer politischer Postulate immer noch 800 Millionen Menschen. Sie hungern hauptsächlich in Afrika, Teilen Lateinamerikas und Südasiens. Die wohlgenährte Seite der Welt dagegen verramscht, vernichtet und verteilt in regelmäßigen karitativen Hilfsaktionen Brosamen ihrer landwirtschaftlichen Überproduktion. Diese Ungerechtigkeit wurde ererbt aus kolonialen Vorzeiten, aber sie wird politisch in die Zukunft fortgeschrieben – u.a. durch die Exportorientierung der führenden Landwirtschaften oder auch durch die Bemühungen um Freihandelsabkommen der EU mit den USA oder Kanada.

Dabei hat die Erde genug Kraft, auch 10 Milliarden Menschen zu ernähren – wenn ihre vielseitigen Ressourcen in jeder Region von und für die Menschen der Region maßvoll entwickelt und genutzt werden und zwar ganz ohne die trügerischen Heilsversprechen der Hochrisikotechnologie Grüne Gentechnik nutzen zu müssen. Maßvoll schließt ein, dass verfestigte ungesunde Ernährungs- und gedankenlose Verbrauchsgewohnheiten in den reichen Industrienationen, also der inzwischen stagnierende, dennoch noch zu hohe Fleischkonsum und die dramatische Lebensmittelverschwendung, auf ein vernünftiges Niveau zurückgeführt werden. Das ist notwendig, um weltweit Flächen-





konkurrenzen abzubauen, aber auch um das verheerende Modellvorbild eines zukunftsfeindlichen Lebensstils zu korrigieren. Eine solche „Entwicklungshilfepolitik“ eröffnet neue spannende Perspektiven - für die Landwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern, aber auch für Europa und in Deutschland.

Agrarpolitik ist mehr als Produktion von Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen in ausreichender Qualität und Quantität. Die heutige Gesellschaft verlangt darüber hinaus die Einhaltung von steigenden Sozial-, Umwelt- und Tierschutzstandards in der Produktion selbst, sie fordert eigenständige Beiträge zum Klimaschutz, zum Erhalt der biologischen Vielfalt, zur Pflege von Kulturlandschaften, sie mahnt faire globale Handelsbeziehungen an. Multifunktional sowie sozial, ökologisch, tiergerecht und entwicklungspolitisch nachhaltig – eine solche Landwirtschaft muss sich stärker an der Region und an der Qualität ihrer Produkte orientieren. Die allgemeinen kapitalistischen Markt- und Fördermechanismen torpedieren eine solche Entwicklung mit dem Verweis auf eine steigende Nachfrage einer wachsenden Weltbevölkerung. Die Lösung dieses gesellschaftlichen Konflikts ist von ebenso existentieller Bedeutung wie die Frage nach dem Energiesystem der Zukunft. Den Kurs in Europa bestimmen dabei die Mitgliedsstaaten, den Kurs in Deutschland die Bundesländer. Verantwortung darf deshalb nicht delegiert werden. Es kommt auf den politischen Willen zur Kursänderung in der Landwirtschaft an – auch in Sachsen.

### **1. Charakteristik der sächsischen Landwirtschaft (Stand: 2014)**

Die sächsische Landwirtschaft wird geprägt von über 5 500 Landwirtschaftsbetrieben der verschiedensten Rechtsformen, wobei Agrargenossenschaften mit einem Anteil von 3,5% (190 Betriebe) rund 30 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschaften.



*Erste Beratung zur Erarbeitung der Agrarpolitischen Leitlinien am 24.11.2012 in Dresden.*

---

Knapp 30 000 Arbeitskräfte sind im Bereich der Agrar-, Forst- und Fischereiwirtschaft tätig, was dennoch lediglich einem Anteil von 1,4 % an der berufstätigen Bevölkerung in Sachsen entspricht.

Die sächsische Landwirtschaft ist technisch modern, hoch effektiv und wirtschaftet weit überwiegend konventionell – ganz ohne Gentechnik. Bei einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von etwas über 900 000 ha in Sachsen entfallen ca. 80 % auf den Ackerbau und 20 % auf die Grünlandnutzung. Dabei bieten die Lommatzschener und Großenhainer Pflege sowie die Leipziger Tieflandsbucht die besten naturräumlichen Bedingungen in Sachsen, während die sächsischen Heidegebiete sowie die Mittelgebirgslagen mäßige Ertragsbedingungen aufweisen. Die gegenwärtige Viehdichte erscheint trotz enormer Investitionen in den letzten Jahren in Folge staatlicher Förderprogramme mit einem landesweiten Durchschnitt von 0,6 GVE durchaus moderat, allerdings sind starke regionale Konzentrationsprozesse zu verzeichnen.

Die Fischwirtschaft in Sachsen bewirtschaftet rund 8.400 ha Karpfenteiche, eine Vielzahl von Forellenteichen und -anlagen sowie drei Warmwasserkreislaufanlagen. Dabei nimmt die Produktion von Karpfen mit 90 % den Hauptanteil ein.

Im Gesamtkontext aller deutschen Bundesländer erzeugt Deutschland bereits heute einen deutlichen Milch- und Fleischüberschuss. Der Selbstversorgungsanteil liegt bei Fleisch bei 120 %, bei Milch bei 122 % und bei Geflügel bei 109 %. Lediglich bei der Produktion von Eiern ist Deutschland bei 74 % Selbstversorgung auf Importe aus der EU angewiesen, wobei Sachsen allein betrachtet in diesem Bereich eine Vollversorgung erreicht.

Nicht gerecht werden kann die sächsische Landwirtschaft allerdings der Nachfrage nach ökologischen Produkten. Das politisch avisierte Ziel von 10 % Ökolandbaufläche wird mit 4 % in 2014 deutlich verfehlt. Lediglich 8 % der Agrarunternehmen in Sachsen wirtschaften ökologisch auf überwiegend kleinen Flächen (Quelle der Zahlen: Agrarbericht Sachsen 2014)

## **2. Die wirkungsbezogene Bewertung der landwirtschaftlichen Produktionsweisen**

Die intensive landwirtschaftliche Produktion erzielt ihren Effektivitätsvorteil aus ihrer Hochleistungsorientierung. In der Tierhaltung heißt das, dass spezielle Hochleistungsrassen in großen industriellen Anlagen bei geringem Arbeitskräfteeinsatz zum Einsatz kommen. In der konventionellen Pflanzenproduktion gelingt dies über Hochleistungssorten in Verbindung mit einem intensiven Dünger-, Agrochemie- und Technikeinsatz. Lange versuchten einzelne Landwirte dafür, auch die grüne Gen-

---

technik in Sachsen hoffähig zu machen. Sie scheiterten bis in die Gegenwart hauptsächlich an der fehlenden öffentlichen Akzeptanz. Allerdings besteht die Gefahr, dass bei Zustandekommen des Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA die Grüne Gentechnik durch die Hintertür salonfähig gemacht wird. Die Agrarwirtschaft ist als Teil der Gesamtwirtschaft verantwortlich für bis zu 30 % klimarelevanter Emissionen. Der Ausstoß der Treibhausgase Methan, Lachgas und CO<sub>2</sub> resultiert aus der Nutzung fossiler Brennstoffe, von Mineraldünger und Pestiziden, aus der Umwandlung von Grünflächen in Ackerland sowie aus der Tierhaltung.

Dagegen steht ein ökologisches Produktionssystem, bei dem auf extensive Tierhaltung und humusbildende Bodenbewirtschaftung abgestellt wird. Es wird verzichtet auf chemische Pflanzenschutzmittel, synthetischen Dünger und Grüne Gentechnik. In der Viehhaltung setzt man auf tiergerechte Haltungssysteme und Mehrnutzungsrassen, deren Futterbedarf überwiegend auf eigenen Flächen erzeugt wird.

Bei der Bewertung, welches der landwirtschaftlichen Produktionssysteme für die Gesellschaft vorteilhaft ist und damit politisch besonders unterstützt werden sollte, müssen ihre Wirkungen auf Klima, Umwelt, Tiergesundheit, die Entwicklung der ländlichen Räume sowie die internationale Landwirtschaftspolitik betrachtet werden. Dabei kann es schon aus Gründen der objektiv vorhandenen Flächen- und Betriebsstruktur in Sachsen keine klare Präferenzierung von ökologischem oder konventionellem Produktionssystem geben. Vielmehr gilt es, die Mindestanforderungen für eine umwelt- und tiergerechte landwirtschaftliche Produktion kontinuierlich anzuheben.

## **2.1. Verantwortung für Umwelt-, Tier- und Klimaschutz**

In Sachsen gibt es bereits heute mehr als 150 große, nach Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigungspflichtige Tierhaltungsanlagen, weitere befinden sich in Planung. Der Verweis auf insgesamt unterdurchschnittliche Viehbesatzdichten in Sachsen verschleiert die Entwicklungstendenz in der sächsischen Tierproduktion, weil sie regionale Konzentrationsprozesse ausblendet. Aber gerade darauf ist zu achten – insbesondere im Hinblick auf regionale Umwelt- und Gesundheitsbelastungen. Im Landkreis Bautzen verringerte sich beispiels-



---

weise die Zahl der hühnerhaltenden Betriebe zwischen 1999 und 2010 auf 60 %, die Tierbestände dagegen schossen auf 280 %. Das ist das klassische Bild eines Wachsen-oder-Weichen-Prozesses, der deutlich macht, dass in keinem Fall nachhaltige Arbeitsplatzeffekte durch große Tierhaltungsanlagen zu erwarten sind.

Intensive Tierhaltungsanlagen sind sowohl aus Sicht des Tierschutzes als auch betriebswirtschaftlich problematisch. In der Milchviehhaltung gilt die Lebensdauer der Kühe als eine der wesentlichen wirtschaftlichen Kennziffern. Aber auf Hochleistung konditionierte Tiere erkranken häufiger und leben kürzer - trotz immenser Medikamentengaben. Insbesondere der präventive Einsatz von Antibiotika birgt durch die Herausbildung von Resistenzen unverantwortliche Risiken für die Humanmedizin. Mehrnutzungen (Fleisch und Milch, Fleisch und Eier) sind ausgeschlossen, was u.a. bei der Legehennenzucht zur hoch umstrittenen, weil tierschutzwidrigen Tötung männlicher Küken führt. Außerdem können intensive Tierhaltungsanlagen mit hohen Tierbeständen ihren Futtermittelbedarf nicht mehr über betriebseigene Flächen decken und sind auf Zukäufe angewiesen. Schwierig gestaltet sich auch die Entsorgung von Gülle und Mist. Dadurch ergeben sich einerseits zusätzliche Transport- und Verwertungsaufwendungen. Andererseits bindet insbesondere die Produktion von Eiweißkraftfutter (Soja) häufig im Ausland Flächen, die der dortigen Lebensmittelproduktion entzogen werden. Zusätzlich öffnet ein solcher globaler Futtermittelverkehr der grünen Gentechnik Tür und Tor und birgt hohe Risiken für die Verbraucher aufgrund schwer kontrollierbarer Manipulations- und Verunreinigungsquellen (Futtermittel-skandale).

In der Pflanzenproduktion werden die ersten Auswirkungen des Klimawandels deutlich. Gerade an Standorten mit ungünstigen natürlichen Bedingungen (Ungunststandorten) werden in Zukunft höhere Produktionsaufwendungen notwendig, denn zunehmend muss gerade in Ost- und Nordsachsen verstärkt bewässert werden, um Erträge zu sichern.

Eine weitere Folge einer intensiven Pflanzenproduktion ist die Verarmung der Böden sowie die Verunreinigung des Grundwassers durch hohe (Schad)Stoffeinträge (Nitrat/Phosphat/Pflanzenschutzmittel). Gemäß der bereits seit dem Jahr 2000 geltenden europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) sollten bis Ende 2015 alle Gewässer in der EU einen guten Erhaltungszustand aufweisen. In Sachsen wird die Zielstellung weit verfehlt. Etwa 24 % der sächsischen Grundwasserkörper und 5 % der Oberflächenwasserkörper befinden sich beispielsweise aktuell wegen des Parameters Nitrat in einem schlechten chemischen Zustand. Wälder tragen mit einem

---

Anteil von etwa 20 % und die Landwirtschaft zu einem Anteil von knapp 50 % zu Stickstoffeinträgen in das Ökosystem Wasser bei. Ein weiteres Ergebnis dieser intensiven Produktionsstrategie ist der auch in Sachsen andauernde Artenschwund in der Agrarlandschaft, der bisher weder durch Projekte im Rahmen des „Programms zur biologischen Vielfalt im Freistaat Sachsen“ oder Agrarumweltmaßnahmen gebremst werden konnte, hauptsächlich, weil sie personell und finanziell unterfinanziert und/oder die Antragsstellung zu aufwendig ist.

## **2.2. Verantwortung für die Entwicklung der ländlichen Räume**

Die Preise für viele landwirtschaftliche Produkte sind in Deutschland im Vergleich zu hiesigen Durchschnittseinkommen aber auch verglichen mit Lebensmittelpreisen in Europa niedrig. Lediglich 11 % des durchschnittlichen Haushaltseinkommens geben Deutsche für ihre Nahrung aus. In Osteuropa liegt der Anteil schnell bei über 30 %, in Frankreich und Italien bei etwa 15 –20%.

Im Umkehrschluss verdienen Beschäftigte in der Landwirtschaft immer noch unterdurchschnittlich: In Sachsen erhielt ein Arbeitnehmer noch im Jahr 2014 mit einem Bruttolohn von rund 18 TEuro im Jahr lediglich 75 % eines sächsischen Durchschnittsverdieners. Die Einführung des flächendeckenden Mindestlohnes auch in der Landwirtschaft war deshalb überfällig. Trotzdem werden ländliche Räume – zwar inzwischen in abgeschwächtem Maß –weiter geprägt von Abwanderung junger Menschen, insbesondere junger Frauen. Auch wenn Grüne Berufe – u.a. durch eine inzwischen hohe Technisierung und Automatisierung - an Attraktivität für junge Menschen gewinnt, fehlen weiter Auszubildende, um die Altersabgänge auszugleichen. Auch das verstärkt den Intensivierungsdruck.

Demgegenüber wachsen die Produktionsaufwendungen parallel zum Anstieg der Energie-, Futter- oder Düngemittelpreise sowie die klimatischen Unwägbarkeiten (Ernteauffälle wegen Hochwasser/Starkniederschläge/Frühjahrstrockenheit) als Folge des bereits spürbaren Klimawandels.

Konzentrationsprozesse finden auch statt in der verarbeitenden Nahrungsmittelindustrie. Gab es beispielsweise im Jahr 1991 noch 30 Molkereien in Sachsen, arbeiten heute zwei weltweit agierende Molkereien und fünf kleine bis mittlere. Insgesamt ist die Verarbeitungskapazität für Milch in Sachsen größer als die hier erzeugte Menge. Dagegen gibt es seit 2012 keinen Schlachthof mehr in Sachsen. Beides produziert unnützen Verkehr. Im Verbund mit der Marktmacht des Lebensmitteleinzelhandels stehen den Landwirtinnen und Landwirten gut organisierte Partner mit starken Verhandlungspositionen gegenüber, die bei einem allgemeinen Überangebot von

---

---

Nahrungsmitteln wenig Interesse an erzeugergerechten Preisen haben. Daraus resultieren absurde Preisunterbietungskämpfe großer Handelsketten, besonders der Discounter, die regelmäßig zu Protesten der Landwirte führen. Der Landwirt steht vor der schwierigen Entscheidung, auf den wachsenden Existenzdruck durch fortgesetztes Wachstum zu reagieren oder innerhalb seiner Region auf hohe Qualität, Kooperation und Eigenvermarktung zu setzen.

### **2.3. Verantwortung für Entwicklungs- und Schwellenländer**

Die deutsche/sächsische Überproduktion von Nahrungsmitteln wird zum größten Teil im europäischen Raum abgesetzt. Bereits aus diesem Warenverkehr ergeben sich teilweise unnötige Transportaufwendungen sowie Verbraucherschutzprobleme aufgrund zahlreicher potentieller Verunreinigungsquellen. Ein kleiner Teil der Überproduktion gelangt jedoch auch in Entwicklungs- und Schwellenländer. Bemerkenswert ist, dass sich der Export aus der EU im Zeitraum 2005 bis 2010 nach Afrika um den Faktor 2,3 auf inzwischen über 1.106 Mill. Euro und nach Asien immerhin noch um den Faktor 1,8 auf 3.124 Mill. Euro erhöht hat. Die dortigen kleinbäuerlichen Strukturen können aber schon durch geringe europäische Importanteile an agrarischen Produkten empfindlich gestört werden. Die Folge davon sind Verarmung und Landflucht sowie Flüchtlingsströme, die bis nach Deutschland reichen. Statt Freihandelsabkommen, die die einheimischen Produzenten in Konkurrenz zu Billigimporten aus der EU und den USA setzen und sie am Ende vernichten, sind die Prinzipien des fairen Handels, die soziale und ökologische Aspekte vor den finanziellen Gewinn setzen als Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung zu bevorzugen. Eine ethisch verantwortungsvolle Agrarwirtschaft muss sich am Leitbild der Ernährungs-souveränität orientieren, d.h. Nahrung soll vorwiegend regional produziert und vermarktet werden. Kleinbauern brauchen Zugang zu produktiven Ressourcen wie Land, Wasser und vor allem Saatgut. Staaten sollen sich gegen die Einfuhr subventionierter Lebensmittel schützen können.



---

### **3. Politische Handlungserfordernisse/Entwicklungsmöglichkeiten**

Ziel einer Agrarpolitik aus Sicht der LINKEN sollte eine multifunktionale, flächendeckende Landwirtschaft sein, die den Bedarf an Grundnahrungsmitteln in einer hohen Qualität mit einer umwelt- und tiergerechten Produktionsweise in regionalen Wirtschaftskreisläufen sichert und für ihre Produkte existenzsichernde Erzeugerpreise als Voraussetzung für gute Löhne für die Beschäftigten in der Landwirtschaft realisieren kann. Die Erzeugung von Nahrungsmitteln hat Vorrang vor Industrie- und Energierohstoffen. Dazu sind nachfolgende Entwicklungen politisch zu unterstützen:

#### **1. Kostendeckende Erlöse als Basis für existenzsichernde Löhne:**

Die Bemühungen der Landwirte, für qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln kostendeckende Erlöse zu erhalten, sind zu unterstützen, z. B. durch die Festsetzung von Preisuntergrenzen oder die Förderung von Erzeugerzusammenschlüssen. Dadurch u. U. steigende Lebensmittelpreise sind für Menschen mit geringen Einkommen durch steigende Sozialleistungen auszugleichen.

#### **2. Binnenmarkt statt Weltmarkt – Eigenproduktion statt Import:**

Die landwirtschaftliche Produktion ist vorrangig auf die Versorgung des Binnenmarktes (regionale Wirtschaftskreisläufe) zu orientieren. Exporte von Lebensmitteln in großen Mengen, vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländer, sind abzulehnen, um die dortige Eigenversorgung nicht zu zerstören und hier den Intensivierungsdruck zu verringern. Der bodengebundenen Tierproduktion mit Eigenerzeugung von Futter ist vor Importen von Futtermitteln der Vorrang zu geben. Besonders die Freihandelsabkommen mit den afrikanischen Ländern (EPA – EU mit ostafrikanischen Ländern) tragen zur Vernichtung der Agrarmärkte in diesen Ländern bei.

#### **3. Freihandelsabkommen TTIP und CETA ablehnen:**

Die geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) sowie Kanada (CETA) sind abzulehnen, weil sie das Einfallstor für die bisher abgelehnte Grüne Gentechnik in Europa wären, weil sie Verbraucher-, Umwelt- und soziale Standards aufweichen und demokratische Rechte der Staaten durch private Schiedsgerichte ersetzen wollen.

#### **4. Klimaschutz/Förderung Ökolandbau:**

Die Klimabelastung der landwirtschaftlichen Produktion resultiert aus zu hohem Düngereinsatz, Tierbesatz und intensiver Bodenbewirtschaftung. Es sind daher ge-

---

zielt Produktionsmethoden zu fördern, die den Mineraldüngereinsatz reduzieren, das Anbaumanagement im Ackerbau optimieren, Erosionen vermeiden, eine standortgerechte, flächengebundene Tierhaltung berücksichtigen und den spezifischen Energieeinsatz verringern bzw. aus eigener Erzeugung (Bioenergie) decken. Der Ökolandbau erfüllt diese Kriterien vollumfänglich und ist deshalb besonders zu fördern. Eine Teilumstellung von Flächen auf Ökolandbau sollte angesichts niedriger Zuwachsraten im Bereich trotz hoher staatlicher Prämien weiterhin möglich sein. Die fachliche Beratung ist auszubauen.

### **5. Intensivierung der landwirtschaftlichen Forschung:**

Die (ökologische) Züchtungsforschung bei Pflanzen ist mit den Zielen einer genetischen Vielfalt bei hoher Pflanzengesundheit sowie guter Ertrags- und Qualitätsstabilität und Klimawandeltoleranz sowie bei Tieren mit den Zielen Robustheit, Lebensdauer, Mehrfachnutzung finanziell stärker zu fördern.

### **6. Agrogentechnik:**

Der Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen und Tieren ist abzulehnen – sowohl aus Gründen des Schutzes für die Biodiversität als auch aus agrarethischen Gründen, denn der Hunger der Welt ist ein Verteilungs- und Eigentumsproblem und kein Problem der Produktionsquantitäten.

### **7. Flächeninanspruchnahme:**

Die fortgesetzte Inanspruchnahme und Versiegelung landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Infrastrukturmaßnahmen, Siedlungsbau, Rohstoffgewinnung ist deutlich zurückzuführen. Naturschutzfachliche Ausgleichsmaßnahmen sollen gezielt der Entsiegelung von Brachflächen und Aufwertung von strukturarmen Landschaften dienen.

### **8. Sicherung des landwirtschaftlichen Bodens für die Landwirte:**

Der Konzentration landwirtschaftlicher Flächen in den Händen von finanzstarken außerlandwirtschaftlichen Investoren aufgrund steigender Rentabilität von Boden und Agrarbetrieben ist entgegenzuwirken, in dem staatliche Interventionsmaßnahmen im Boden- und Grundstücksverkehr bei Gefährdungen der Agrarstruktur gesetzlich gestärkt werden. (siehe: Landtagsfraktion Die LINKE Sachsen: Entwurf Agrarstrukturverbesserungsgesetz – Bodenfonds - 2014)



---

## **9. Biologische Vielfalt:**

Programme zur Förderung der biologischen Vielfalt sowie zur Biotopvernetzung sind finanziell auszubauen, die Antragstellung ist zu entbürokratisieren, die Förderbedingungen für Agrarumweltmaßnahmen sind zu vereinfachen. Schlussfolgerungen aus einzelnen Umweltzustandserhebungen (Wald, Wasser, Luft, Boden) sind im Sinne einer Gesamtökobilanz zu ganzheitlichen staatlichen Handlungserfordernissen zusammenzuführen.

## **10. Bildung:**

Die Umwelt- und Ernährungsbildung als Voraussetzung zur Erhöhung umwelt-, gesundheits- und mengenbewussten Nahrungsmittelkonsums, insbesondere zur Senkung des Fleischkonsums, ist gezielt auszubauen:

- a. Schulküchen – Schulinvestitionsprogramm ergänzen durch Förderung von Schulküchen
- b. (Praktische) Ernährungskunde als Bestandteil des sächsischen Bildungsplanes
- c. Beteiligung an(europäischen) Förderprogrammen, u.a. Schulfruchtprogramm

## **11. Verbraucherschutz:**

Zur Erhöhung des Verbraucherschutzes sind die Landes- und kommunalen Kontrollorgane personell und finanziell aufzustocken. Konsequenz ist auf die Verringerung des Medikamenten- und Antibiotikaeinsatzes hinzuwirken. Durch Maßnahmen der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit begleitet durch wirtschaftsgetragenes Marketing sind Bewusstsein und Wertschätzung für qualitativ hochwertige, regionale und saisonale Lebensmittel zu fördern, um der Lebensmittelverschwendung zu begegnen.

## **12. Tierschutz:**

Zur Erhöhung des Tierschutzes in der Nutztierhaltung ist auf die Einführung einer Zertifizierung für Tierhaltungssysteme (Tierschutz-TÜV) hinzuwirken und Investitionsförderungen an höchste wissenschaftliche Standards bei Haltungssystemen zu binden. Die flächendeckende Einführung des zweistufigen Tierschutzlabels „Für Mehr Tierschutz“ ist zu unterstützen.

## **13. Fairer Handel:**

Beim globalen landwirtschaftlichen Warenverkehr sind Regularien zu schaffen, die soziale und ökologische Mindestanforderungen voraussetzen. Hier ist mit Non-Profit-Organisationen ein Katalog von Anforderungen zu entwickeln.

---

# ADELE. Landesarbeitsgemeinschaft Ökologie - DIE LINKE. Sachsen



## Erklärung

Hiermit erkläre ich  
als Mitglied der Partei DIE LINKE.  
oder  
als Gastmitglied (vormals Sympathisant) der Partei DIE LINKE.  
meine Zugehörigkeit zu  
**ADELE. Landesarbeitsgemeinschaft Ökologie - DIE LINKE. Sachsen**

Name:

Vorname:

Straße:

Ort:

Postleitzahl:

Telefon:

E-Mail:

Diese Erklärung gilt bis zu meinem Widerruf.

---

Datum

---

Unterschrift

